

Integration durch Religion?

Wie die offene Gesellschaft mit Staatsverträgen zusammenpasst

Flucht und Migration, terroristische Bedrohungen sowie die fremdenfeindlichen Umtriebe selbsternannter Verteidiger des sogenannten „christlichen Abendlandes“ sorgen dafür,

dass das Schlagwort der offenen Gesellschaft immer wieder in den Medien auftaucht – und auch auf Bannern des HVD bei Kundgebungen gegen Fremden- und Menschenfeindlichkeit.



Eine von vielen Demonstrationen für Demokratie und Vielfalt. Hier: Oldenburg

Das Gesellschaftsmodell der „offenen Gesellschaft“ geht auf den britisch-österreichischen Philosophen Karl Popper zurück. Sie setzt auf Selbstbestimmung und Kritikfähigkeit der Menschen und stellt einen liberalen und demokratischen Gegenentwurf zu totalitären, geschlossenen Gesellschaftsmodellen dar, die Popper ironisch den „Himmel auf Erden“ nennt.

Der Zuzug von Menschen, die vornehmlich aus muslimisch und von Krieg und Staatsversagen geprägten Ländern kommen, stellt uns vor die große Herausforderung einer gelingenden Integration. Wie der palästinensisch-israelische Psychologe und Autor Ahmad Mansour („Generation Allah“) überzeugend darlegt, gibt es jedoch ein grundsätzlicheres Problem. Deutschland exportiert Kämpfer für den Islamischen Staat, die sich hier radikalisiert haben. Es sind Deutsche, mit und ohne Migrationshintergrund, die nicht für Menschenrechte und die offene Gesellschaft begeistert werden konnten, sondern ihr Heil in den Versprechungen eines radikalen Islam zu finden meinen – ganz ähnlich wie

andere ihr Heil in rechten Ideologien und den entsprechenden Gruppen finden. Hier sind wir alle gefragt, jede gesellschaftliche Gruppe und Organisation ist aufgefordert, in ihrem eigenen Einflussbereich für die offene, demokratische Gesellschaftsordnung zu begeistern – nicht nur unter den neu Zugewanderten, sondern auch in unserer „Mehrheitsgesellschaft“.

Vertrag mit Muslimen: Integration durch Religion?

Vor diesem Hintergrund möchte die niedersächsische Landesregierung nun einen seit Jahren verhandelten Vertrag mit den islamischen Verbänden DITIB, Schura und der Alevitischen Gemeinde zum Abschluss bringen, auch als Zeichen der Anerkennung der in Deutschland lebenden Muslime. Unser Verband hat zum Vertragsentwurf bereits Stellung bezogen und diese auch mündlich vorgetragen, zuletzt vor der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe.

So naheliegend der Weg der Integration von Zuwanderern durch Religionsge-

meinschaften auch scheint: Die Formel „Integration durch Religion“ greift zu kurz und birgt Probleme und Risiken. Zu leicht wird eine religiös-kulturelle Homogenität der Zuwanderer und der gegenwärtig im Fokus stehenden Flüchtlinge nahegelegt, die nicht gerechtfertigt ist. Dies spielt den identitär und völkisch ausgerichteten Gruppen in die Hände, die gesellschaftlich und auch politisch derzeit Aufwind erfahren und eine Bedrohung für unsere offene, pluralistische Gesellschaft darstellen und damit auch für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Die Integration von Zuwanderern und Geflüchteten liegt zwar auch in der Verantwortung der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, denen diese Menschen sich zurechnen oder anschließen. Gerade unter den aus den Krisengebieten Geflüchteten befinden sich auch Menschen, die aufgrund eigener Erfahrungen, ihrer religiösen oder weltanschaulichen Einstellung oder ihrer sexuellen Identität nicht auf ihre vermeintliche Religion reduziert werden wollen oder diese ablehnen.



Ahmad Mansour (Mitte) am Tag nach der Verleihung des Carl-von-Ossietzkypreises bei einer Diskussionsveranstaltung in Oldenburg. Mansour lebt seit zehn Jahren in Deutschland und engagiert sich in Präventions- und Aussteiger-Projekten und Initiativen, die Extremismus bekämpfen und Demokratie und Toleranz fördern. Daneben ist er vorsitzender Sprecher des liberalen „Muslimischen Froums Deutschland“. Hier mit Moderator Holger Ahäuser und Oberbürgermeister Jürgen Krogmann (am Pult)..

Wir laufen Gefahr, die individuellen Rechte und Bedürfnisse von Minderheiten innerhalb dieser Gruppen aus den Augen zu verlieren. Neben den religiösen Verbänden müssen daher auch andere Vereine und Organisationen unterstützt werden, neu angekommene Menschen zu integrieren. Unser Verband hat bereits Erfahrung mit Geflüchteten, die ausdrücklich Anschluss an nichtreligiöse Gemeinschaften suchen. Sie scheuen jedoch aus ihrer Erfahrung heraus die Öffentlichkeit. Schlimmer noch: Während die Zugehörigkeit zu einer religiösen Minderheit – beispielsweise im Irak – einen Asylgrund darstellt, werden humanistisch oder atheistisch eingestellte Menschen nicht ohne Weiteres anerkannt, obwohl sie nachweislich in ihrem Herkunftsland verfolgt werden.

Islamunterricht: echte Anerkennung der Vielfalt?

Bereits 2013 wurde in Niedersachsen der Islamunterricht als Regelfach an Grundschulen eingeführt. Der dahinter stehende politische Wille ist beeindruckend. Wir befürchten, dass auch hier die verkürzte Formel „Integration durch Religion“ Hauptmotivation war und weniger die wirkliche Anerkennung der religiös-weltanschaulichen Vielfalt. Anderenfalls wäre die nach den evangelischen Christen zweitgrößte Gruppe in den Grundschulen berücksichtigt worden: die 24 % konfessionsfreien und zu meist humanistisch eingestellten Familien.

Für diese Kinder gibt es kein wertebildendes Unterrichtsfach, wie die „Humanistische Lebenskunde“ in Berlin und Brandenburg. Das Fach „Werte und Normen“ wird erst ab Klasse 5 angeboten. Es wird lediglich als Fach für den „Rest“ der Schülerschaft genutzt, der nicht am Religionsunterricht teilnimmt. Dabei hat es das Potenzial zu einem wirklich integrativen Fach für Angehörige jeder und keiner Religion.

Eine echte Anerkennung der Pluralität macht eine Neuordnung des Werte- und Bekenntnisunterrichts notwendig. Kinder sollen miteinander, voneinander und über sich selbst lernen. Unser Verband ist bereit, seine Kompetenz und Erfahrung für eine Lösung einzubringen.

Unsere Anforderungen an den Vertrag zum Bildungsbereich

- Die wissenschaftliche Freiheit der Lehrstühle für islamische Pädagogik bzw. Theologie muss gewährleistet sein. Sie darf nicht durch einzelne, konservative Verbände bestimmt werden.
- Schulen müssen religiös-weltanschaulich neutrale Orte bleiben. Daher dürfen „Räume der Stille“ auch nicht als ausschließlich religiös zu nutzende „Gebetsräume“ verstanden werden. Die Erfahrung in anderen Bundesländern zeigt, dass „Räume der Stille“ von streng gläubigen Muslimen okkupiert werden und Gruppendruck auf andere ausgeübt wird.

Die Vertragsformulierung muss dahingehend verändert werden, dass diese Räume allen Schülerinnen und Schülern für ihre individuelle, stille Nutzung (innere Einkehr, Meditationen, Gebet) zur Verfügung stehen. Schulen brauchen eine klare Regelung.

- Das Bekenntnis der Gemeinschaften „zum staatlichen Schulwesen, der allgemeinen Schulpflicht und zur umfassenden Teilnahme der Schülerinnen und Schüler am Unterricht staatlicher Schulen“ muss deutlich auch die Teilnahme an Klassenfahrten und an anderen, nicht zum unmittelbaren schulischen Unterricht gehörenden Veranstaltungen einschließen.

Grundsätzliche Anforderungen an Staatsverträge

Der Humanistische Verband setzt sich für den religiös-weltanschaulich neutralen Staat ein, der zu allen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften den gleichen Abstand hält.

Die Praxis der Konkordate und Staatsverträge mit Religionsgemeinschaften in Deutschland bringt es mit sich, dass auch kleineren, „neuen“ Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften die staatliche Anerkennung durch Verträge und Verleihung von Körperschaftsrechten nicht grundsätzlich vorenthalten werden darf. Wir sehen hier das Potenzial, die Trennung von Staat und Religion bzw. Weltanschauung und die jeweiligen Einflussbereiche klarer zu regeln, als es sonst möglich wäre. Das gilt selbstverständlich auch für muslimische und alevitische Religionsgemeinschaften. Wir raten der niedersächsischen Landesregierung dringend, diese Chance zu nutzen. So sollten die Verträge grundsätzlich folgende Punkte enthalten:

- Individuelle Grundrechte und staatliche Gesetze haben Vorrang gegenüber religiösen Auslegungen;
- Anerkennung der individuellen Freiheit, den Glauben nach eigenem Ermessen zu interpretieren, zu leben, abzulehnen oder zu verlassen;
- Wahlfreiheit, die religiösen Angebote anzunehmen (zum Beispiel Seelsorge und Bekenntnisunterricht);
- Unabhängigkeit der Gemeinschaften von staatlichem Einfluss, auch aus dem Ausland.

Der Staat darf und soll auch die Unterstützung der Gemeinschaften in deren Einflussbereich einfordern, notwendige

Voraussetzungen unserer pluralistischen Gesellschaft zu fördern:

- Toleranz gegenüber abweichenden Lebensentwürfen in der Gesellschaft sowie in der jeweiligen Community;
- Förderung von Offenheit gegenüber Ideologie- und Religionskritik von innen und außen;
- Förderung des Dialogs mit Menschen anderer Anschauungen;
- Unterstützung gesellschaftlicher Bemühungen zur Integration und zur Bekämpfung von Extremismus;
- Anerkennung von koedukativem Sport- und Schwimmunterricht, Klassenfahrten und Sexualekunde als Teil des schulischen Bildungsauftrages.

Absage der Gemeinschaften gegenüber:

- menschenverachtenden Religionsverständnissen, wie beispielsweise Salafismus
- antimuslimischen, antisemitischen, ras-

sistischen, deutschenfeindlichen und homophoben Stereotypen

Diese Anforderungen sind auch auf alle zukünftigen Staatsverträge mit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und aller Neu- und Ergänzungsverträge anzuwenden. Anlässlich der dramatischen Veränderung der religiös-weltanschaulichen Verhältnisse in Niedersachsen seit 1970, ist auch der Humanistische Verband an einer Anpassung seines Staatsvertrages und der entsprechenden Unterstützung seiner Arbeit interessiert.

Abschließende Beurteilung des Vertragsentwurfs

All diese kritischen Punkte sprechen nicht grundsätzlich gegen den Abschluss von Staatsverträgen mit Muslimen und Aleviten. Es muss jedoch betont werden, dass der Staat seine Aufgabe zur Integration von vermeint-

lich muslimischen Zuwanderern keinesfalls allein an religiöse Organisation abgeben darf!

Im Falle der DITIB ist der von verschiedenen Experten geäußerte Zweifel ernst zu nehmen, ob der in vielfältiger Weise mit dem türkischen Religionsministerium Diyanet verbandelten Organisation dauerhaft an der Integration ihrer Gläubigen gelegen ist (zuletzt am 11. Mai in der Rhein-Main-Presse von der Direktorin des Forschungszentrums Globaler Islam in Frankfurt, Prof. Susanne Schröter). Dieser Integrationswille muss Voraussetzung sein.

Daher empfehlen wir, vor dem Abschluss von Staatsverträgen den Gemeinschaften in einem geordneten Verfahren die Körperschaftsrechte zu verleihen. Das schafft Transparenz und ermöglicht überhaupt erst die Unabhängigkeit von ausländischen Regierungsbehörden.

JuHu – Jugend im Verband

Bundescamp in St. Andreasberg

Die Jungen Humanisten Niedersachsen empfangen JuHus aus ganz Deutschland im Harz

Neben dem fachlichen und informellen Austausch über die Landesgrenzen hinweg, standen diverse Ausflüge in die Umge-

bung, mehrere Runden auf der Sommerrodelbahn, ausgiebige Wanderungen und jede Menge Action auf dem Programm.



JuHus aus ganz Deutschland genießen niedersächsischen Weitblick

versammlung vor vier Jahren beschlossen, zusätzlich nach Ostern ein sechstägiges Bundescamp anzubieten.

Nach Bayern und Berlin waren in diesem Jahr die niedersächsischen JuHus Gastgeber. Insgesamt 35 Jugendliche aus Bayern, Baden-Württemberg, Berlin und Niedersachsen haben Anfang April an dem Camp in St. Andreasberg teilgenommen.

Es ist schön zu sehen, dass nicht nur die Jungen Humanistinnen und Humanisten auf lokaler und regionaler Ebene im Aufwind sind, sondern auch die bundesweiten Kooperationen immer größeren Anklang finden. Zum kommenden Bundestreffen laden die bayerischen JuHus nach Nürnberg, das Bundescamp 2017 organisieren die Baden-Württemberger in Erpfingen in der Schwäbischen Alb.

Seit der Neugründung des Bundesverbandes der Jungen Humanistinnen und Humanisten im Jahr 2007 in Stuttgart, werden in jedem September Bundestreffen ver-

anstaltet und die formalen Mitgliederversammlungen abgehalten. Aufgrund der so entstandenen bundesweiten Kontakte und Freundschaften hatte die Mitglieder-



Neues aus dem Bereich der Medien

Guido Wiesner kündigt Zeitschrift des Landesverbandes an



Guido Wiesner, Präsident des HVD-Niedersachsen

Liebe Mitglieder,

seit vielen Jahren verschickt der Humanistische Verband Niedersachsen die bundesweit erscheinende Zeitschrift „diesseits“ an interessierte Mitglieder. Ungefähr genauso lange bemüht sich unser Verband, das Magazin als Verbandszeitschrift für alle seine Mitglieder zu etablieren.

Viele von Ihnen möchten jedoch mehr über die Aktivitäten unseres Verbandes vor Ort erfahren, nicht allen ist eine bundesweit repräsentative Zeitschrift als „Organ“ des modernen Humanismus wichtig. Der Versuch, diese unterschiedlichen Anforderungen in einem Medium zu vereinen, scheint bis heute nicht befriedigend gelungen. Meiner Auffassung nach erfordern die unterschiedlichen Ziele die Herausgabe getrennter Medien.

Humanisten in Landesmedienanstalt vertreten

Nach dem am 1. März 2016 in Kraft getretenen Mediengesetz wird der Humanistische Verband künftig einen Sitz in der Versammlung der Niedersächsischen Landesmedienanstalt (NLM) erhalten. HVD-Landesgeschäftsführer Jürgen Steinicke erklärte, dass im Zuge der Anpassung des Gremiums an die veränderte gesellschaftliche Vielfalt nun endlich auch die Existenz der Bürger ohne religiöses Bekenntnis anerkannt wird.

Parallel dazu hat es in unserem Landesverband in den letzten drei Jahren eine enorm positive Entwicklung gegeben. Durch Generationswechsel und Umstrukturierungen, aber auch durch eine rege Diskussionskultur innerhalb des Verbandes, ist es uns gelungen, für Mitglieder und Interessierte neue Aktivitäten und attraktive Angebote zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund hat der Landesvorstand beschlossen, diesen erfolgreichen Weg mit einer eigenen, landesweiten Mitgliederzeitschrift zu begleiten. Sie soll Nachrichten aus humanistischer Sicht vermitteln und kommentieren, aber auch von Aktivitäten des Landesverbandes wie auch der Orts-, Kreis- und Regionalverbände berichten. Damit die neue Verbandszeitschrift auch die Funktion der traditionellen Rundschreiben der Gemeinschaften vor Ort übernehmen kann, hoffe ich auf eine rege Beteiligung der ehrenamtlich Aktiven. Die erste Ausgabe wird noch in diesem Jahr an alle Mitglieder versandt. Ich freue mich darauf!

Ab 2017 erfüllt unser neues Mitglieder-magazin den Anspruch auf eine Verbandszeitschrift nach der aktuellen Leistungsordnung. Ich würde mich jedoch sehr freuen, wenn Sie das humanistische Magazin „diesseits“ – welches Sie bisher vielleicht als Verbandszeitschrift über unseren Landesverband bezogen haben – durch ein persönliches Abonnement auch in Zukunft unterstützen!

Es grüßt Sie herzlichst
Guido Wiesner

„diesseits“ Ausgabe 1/2016

Gottlos glücklich?! – Der „neue Atheismus“ und die Entwicklung der Bewegung nichtreligiöser Menschen zehn Jahre nach der Veröffentlichung von „Der Gotteswahn“ stehen im Fokus der aktuellen Ausgabe des Magazins „diesseits“.



2006 erschien mit Richard Dawkins' „The God Delusion“ die wohl erfolgreichste religionskritische Schrift der vergangenen Jahrzehnte. Doch wie steht es heute um den Atheismus im Abendland? Wie relevant ist Religionskritik noch? Welche Chancen haben Vereinigungen nichtreligiöser Menschen? Diesen Fragen widmet sich der aktuelle Titel und kommt zu dem Schluss: Bis der populäre Slogan „Ein erfülltes Leben braucht keinen Glauben“ mit der politischen und gesellschaftlichen Realität voll übereinstimmt, wird es noch einige Jahre brauchen – doch immerhin bietet der Blick in das Ausland heute schon wertvolle Vorbilder für die Entwicklung von säkularer Organisationen auf Grundlage humanistischer Haltungen.

Zur Verspätung der für März angekündigten Ausgabe sagte der leitende Redakteur, Arik Platzeck: „Was lange währt, wird gut – So heißt es im Volksmund und ich bin überzeugt, diese Ausgabe spiegelt das Körnchen Wahrheit in diesem Sprichwort: diesseits 1/2016 ist wieder gut, auch wenn Sie dieses Mal länger darauf warten mussten. Für die krankheitsbedingte Verzögerung bitte ich unsere Leserinnen und Leser um Nachsicht und Entschuldigung.“

Tag der Arbeit – Humanisten informieren

Veranstaltungen am 1. Mai haben sich vielerorts zu Kulturfesten entwickelt

Bei den Veranstaltungen kommen sozial engagierte Menschen und Organisationen zusammen, um sich auszutauschen und die Öffentlichkeit über ihre Arbeit zu informieren. Da dürfen Humanisten nicht fehlen.

JuHus auf dem Fest der Demokratie

Gemeinsam mit dem Ortsverband Hannover haben die JuHus am 1. Mai über ihre Aktivitäten und Angebote informiert, wie Jugendtreffs, Feriencamps und nicht zuletzt die traditionelle Jugendfeier. Unzählige Kinder haben sich auch dieses Jahr wieder begeistert von unseren JuHu-Visagisten schminken und in wilde Tiere Verwandeln lassen.



Immer sehr gefragt: Kinderschminken



Im Gespräch über Humanistische Bildung an Schulen

Benachteiligung Konfessionsfreier am Arbeitsmarkt und an Schulen

In Wilhelmshaven haben die Humanisten auf dem traditionellen DGB-Kulturfest vor dem „Pumpwerk“ schwerpunktmäßig auf die Benachteiligung der konfessionsfreien Arbeitnehmer hingewiesen, wie sie im Bericht „Gläserne Wände“ beschrieben werden (www.glaeserne-waende.de).

Auch der Ortsverband Hannover hat an seinem Stand über die vielfältigen Angebote informiert. Besonders aktiv waren

die Vertreter des Elternkreises und des neu gegründeten Fachverbands „Werte und Normen – Ethische und Humanistische Bildung in Niedersachsen“. Sie führten eine Umfrage unter den Passanten zur Zukunft des Bekenntnis- und Werteunterrichts in Grundschulen durch. Das Ergebnis: Vier von fünf der insgesamt 202 Befragten sehen das Fach Werte und Normen als unverzichtbar – entweder als Alternative zum Religionsunterricht schon ab der Grundschule (32 %) oder sogar als alleiniges Wertevermittlungsfach (50 %).



Es ist soweit! Nach dem Spatenstich vor fast einem Jahr füllt sich unsere Krippe „Zwergwiesel“ immer mehr mit Leben.

Die „Füchse“ – eine von drei Gruppen – haben Anfang Mai mit ihrer Eingewöhnungsphase begonnen.

Noch ist nicht alles komplett eingerichtet, doch das Team der vierten KiTa des Humanistischen Verbandes Niedersachsen, der Zwergwiesel in Oldenburg-Eversten, freut sich riesig, endlich die ersten Kinder betreuen zu können. Dass draußen zum Teil noch Bagger fahren und das Gelände herrichten, stört die kleinen Bewohner nicht – ganz im Gegenteil. Auch für Ariane

Schürmann und ihr Team ist es etwas ganz Besonderes, bei der „Geburt und frühen Kindheit“ der Einrichtung dabei zu sein, mitwachsen und mitgestalten zu können. Man spürt den humanistischen „Geist“, wenn man das Gebäude betritt.

Nach den Sommerferien, im August 2016, wird die Krippe dann ihre vollen Kapazitäten erreicht haben – insgesamt 45 Kinder im Alter von einem bis drei Jahren. Die „Schnecken“ und die „Eulen“ werden ganztags und die „Füchse“ halbtags von jeweils drei Fachkräften betreut. Darüber hinaus sind einige MitarbeiterInnen gruppenübergreifend tätig und bieten den Kindern im Vertretungsfall sichere Bindungen. Die Nachfrage ist jetzt schon enorm.



Das Team fühlt sich wohl im Bau der Zwergwiesel

Meldungen

Ortsverband Hannover wählt neuen Vorstand

Dr. Sascha Rother löst Klaus Wenzel als ersten Vorsitzenden ab, der künftig in den nun 13-köpfigen Beirat wechselt und als Schatzmeister im Präsidium weiter tätig ist. Stellvertretende Vorsitzende ist Sandra Häntsch-Marx aus Neustadt.

„Im kommenden Jahr feiert der Ortsverband Hannover sein 170-jähriges Bestehen, eine lange Tradition, die gleichzeitig stolz macht und verpflichtet. Mit diesem bestens motivierten und ideenreichen Team wollen wir Humanistinnen und Humanisten uns künftig wieder stärker in die hannöversche Stadtgesellschaft einmischen und den Menschen dieser Stadt den Wert eines weltlichen Humanismus als gelebte Weltanschauung für unsere moderne, vielfältige Gesellschaft näherbringen“, so der neue Vorsitzende Dr. Rother zu seinem Amtsantritt.



Der neugewählte Vorstand des HVN Ortsverbandes Hannover

Neuer Kreisverband Leine-Hils

Die Auflösung und anschließende Fusion der bisherigen Ortsverbände Grünenplan-Delligsen und Freden wurde am 30. April durch den Landesverband offiziell besiegelt. Vorsitzender des neuen Kreisverbandes Leine-Hils ist Wilfried Schreier.

Humanistischer Chor gegründet

Der neu gegründete Chor „Vox saecular“ startet voraussichtlich am 15. Oktober 2016. Gesungen werden bunt gemischte Songs aus Pop, Rock & allem, was Spaß macht! Probemöglichkeiten samt Flügel stehen im Haus Humanitas bereit. Anfragen bitte an die Landeszentrale.

Termine

Bildungswochenende Weser-Ems

10.–11. September | Bad Zwischenahn
Das voraussichtliche Thema lautet „Verschwörungstheorien“. Ein Referent steht noch nicht fest.

Regionalverband Weser-Ems

Bildungsreise nach Fürth

vom 30. September bis 2. Oktober 2016
Der Regionalverband Weser-Ems organisiert eine Reise zum turmdersinne-Symposium unter dem Titel „Was treibt uns an? Motivation und Frustration aus Sicht der Hirnforschung“. Für seine Mitglieder ist eine vergünstigte Teilnahmegebühr möglich. Nähere Informationen bei Herbert Zinnow unter zinnow@humanisten.de oder 04931 992124. Näheres zum Symposium erfahren Sie hier: www.turmdersinne.de

Fortbildung:

Alternative zum Religionsunterricht

Nach der erfolgreichen ersten Fortbildungsreihe in Hannover zu Methoden einer humanistischen Bildung und Erziehung an Grundschulen wird diese Reihe in diesem Jahr in **Oldenburg** angeboten. **Erster Termin der dreiteiligen Reihe ist der 21. Oktober.** Sie richtet sich an Lehrkräfte und Pädagogen an Grundschulen, die Kindern, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, eine attraktive Alternative bieten wollen. Bei Interesse melden Sie sich bei der Landeszentrale.

Humanistisches Forum

Das nächste Forum in **Hannover** findet am **15. September** statt. Der letzte geplante Termin vor der Sommerpause am 16. Juni muss leider ausfallen.

Mitgliederinformation

Frist für Beitragszahlung

Mitglieder, die nicht am Einzugsverfahren teilnehmen, müssen bis zum 30. Juni 2016 ihren Jahresbeitrag an den Landesverband überwiesen haben. Für Rückfragen wenden Sie sich bitte rechtzeitig an die Landeszentrale.

Kostenfreie FeiersprecherIn

Mitglieder haben im Trauerfall Anspruch auf eine kostenfreie Feierrede durch einen zertifizierten Sprecher des Humanistischen Verbandes Niedersachsen. Dieser muss jedoch über die Landeszentrale angefordert werden. Eine Kostenerstattung im Nachhinein ist nicht möglich. Am besten weisen Sie Ihre Angehörigen an geeigneter Stelle darauf hin.

Erstberatung Patientenverfügung

Die Beratung zur HVD-Patientenverfügung durch speziell ausgebildete Ehrenamtliche ist für Mitglieder kostenfrei. Sie kann über die Landeszentrale angefragt werden (zentrale@humanisten.de, Telefon: 0511 167691-79). Die Gebühr für die Ausarbeitung der Verfügung durch die Bundeszentrale wird jedoch nicht erstattet.

Sendereihe „Freiheit und Verantwortung“

Beiträge und Interviews vom HVD Niedersachsen auf NDR Info

Am 24. Juli und 4. September 2016 jeweils um 7:15 Uhr.

Impressum

Herausgeber: Humanistischer Verband Niedersachsen, K. d. ö. R. | Otto-Brenner-Straße 20–22 | 30159 Hannover | Fon 0511 167691–60 | Fax 0511 167691–78

JugendFeier-Büro: Otto-Brenner-Straße 20–22 | 30159 Hannover | Fon 0511 18561

Regionalbüro Weser-Ems: Donnerschwer Str. 58 | 26123 Oldenburg | Fon 0441 99861391

Redaktion: Lutz Renken **Redaktionelle Mitarbeit:** Daniel Nette, Arik Platzek, Jürgen Steinecke, Svenja Thiel, Guido Wiesner **Layout:** Svenja Thiel

Lob, Kritik, Hinweise an: rundbrief@humanisten.de **Niedersächsische Humanisten im Internet:** www.hvd-niedersachsen.de | www.junge-humanisten.de |

www.facebook.com/hvd.niedersachsen | soundcloud.com/hvd-niedersachsen | www.youtube.com/HVDNiedersachsen | Humanistisches Online-Magazin: www.diesseits.de